

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1934

73 (27.3.1934)

Durlacher Tageblatt

Durlacher Wochenblatt gegründet 1829 / Heimatblatt für die Stadt Durlach und den Amtsbezirk Karlsruhe

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertag ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark, durch die Post bezogen 1,86 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig. D. N. 8700 II.

Druck u. Verlag: Adolf Dups, Kommanditgesellschaft, Durlach, Mittelstr. 6. Geschäftsstelle: Adolf Hiltnerstr. 53, Fernspr. 204. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 10 101. Verantwortlich für den Gesamthalt: L. Dups, Durlach.



Anzeigenberechnung: Die gespaltene Millimeterzeile (46 Millimeter breit) 6 Pfennig, Reklamezeile 18 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor, nachmittags 17 Uhr, für kleine Anzeigen am Erscheinungstag 8 Uhr vormittags. Für Nachdruck und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezahler keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 73

Dienstag, den 27. März 1934

105. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Der neue Reichsbankausweis zeigt eine Senkung des Goldbestandes um 20,7 Millionen und eine Steigerung des Devisenbestandes um 8,5 Millionen.

In Italien wurde die Einheitsliste zur Abgeordnetenammer fast einstimmig gewählt.

Das Werk des Führers „Mein Kampf“ wird nun auch in italienischer Sprache in Mailand erscheinen.

Ueber die neue österreichische Verfassung werden weitere Einzelheiten bekannt; alle Wehrformationen werden Starhemberg's Führung unterstellt.

Am Dienstag wird in Delft die verstorbene niederländische Königinmutter Emma beigesetzt.

In Amerika ist der Streik mit der Kraftwagenindustrie durch Präsident Roosevelt beigelegt worden. Der Ausstand von 250 000 Arbeitern ist dadurch vermieden; die Neugewerkschaften haben auch am Montag Unruhen ausgelebt.

Das erfolgreiche Eingreifen Roosevelts in dem Streit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern der Autoindustrie ist als eine Wendepunkt in der Entwicklung der Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit in den Vereinigten Staaten zu werten.

Der französische Außenminister Barthou reist heute nach Brüssel.

Der Bruder des früheren Wiener Gauleiters der NSDAP, Frauenfeld, ist im Konzentrationslager Wöllersdorf an Ruhr erkrankt.

Bei Vorbezug verunglückten zwei Deutsche im Kraftwagen tödlich, darunter die Berliner Filmschauspielerin Hildegard Alexandra Molino von Klud.

Unterzeichnung eines deutsch-russischen Wirtschaftsabkommens

Berlin, 26. März. Amtlich wird mitgeteilt: Die zwischen der Reichsregierung und der Regierung der sozialistischen Sowjetrepubliken in den letzten Wochen geführten Wirtschaftsverhandlungen haben zu einem Schlussprotokoll geführt, das im Auswärtigen Amt von den Vertretern der Reichsregierung und der Volksmacht der Sowjetunion und der Handelsvertretung unterzeichnet worden ist. Das Schlussprotokoll enthält die Regelung für 1934. Insbesondere sind Vereinbarungen über den Verkehr mit der Reichsbank und über die devisenrechtlichen Fragen getroffen worden.

Der deutsch-finnische Handelsvertrag

Berlin, 26. März. Der am Samstag abgeschlossene deutsch-finnische Handelsvertrag hat dem mit Ablauf des Vertrages von 1926 seit Ende 1933 bestehenden vertragslosen und handelskriegähnlichen Zustand ein Ende gemacht. Der neue Vertrag lehnt sich an den von 1926 an und beruht auf dem Grundgedanken der Mostbegünstigung. Bereits kurz vor Ablauf des alten Vertrages legten neue Verhandlungen ein, die aber zu keinem Ergebnis führten. Finnland hatte eine Reihe von Maßnahmen getroffen, die sich zum Teil noch im Rahmen der Mostbegünstigung hielten; dann aber erfolgten Einfuhrverbote für eine Reihe deutscher Waren. Ende Januar 1934 wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen, die seit dieser Zeit ununterbrochen geführt wurden. Einer Einigung standen zunächst auch die finnischen Industrialisierungsbestrebungen entgegen, die mit Nachdruck betrieben wurden. Trotz aller dieser Hemmnisse gelang es aber, für Deutschland die Mostbegünstigung zu erreichen, ferner besondere Vertragszüge für Erzeugnisse unserer eigenen Ausfuhrindustrie zu erhalten. Der Vertrag erfüllt zwar nicht alle Erwartungen, die man deutscherseits gestellt hatte; immerhin hat der seit Ende 1933 bestehende vertragslose Zustand nun einer Vereinbarung Platz gemacht, die beiden Seiten gewisse Vorteile einräumt. Der Vertrag wird am 1. April in Kraft treten. Mit der Ratifizierung durch Finnland ist im letzten Monatsheft des April zu rechnen.

Der Mobilarmvorkaufsbeschluss bis zum 31. Oktober verlängert

DNB, Berlin, 26. März. Von den bestehenden allgemeinen Vorkaufsbeschlüssen sind diejenigen, die sich auf die sogenannte Mobilarmvorkauf beschränken, bis zum 31. März ds. Js. befristet. In Betracht kamen hierbei insbesondere die §§ 18, 19, 19 d der Verordnung vom 26. Mai 1933, die die Pfändung von Hausrat, Einrichtungsgegenständen, Vorräten und dergleichen und von Miet- und Pachtzinsen, sowie die Verpflichtung zur Leistung des Offenbarungseides beschränkten.

Dieser Vorkaufsbeschluss hat nunmehr die Reichsregierung durch das am 22. ds. Ms. beschlossene Zweite Gesetz über weitere Maßnahmen auf dem Gebiete der Zwangsvollstreckung bis zum 31. Oktober ds. Js. verlängert. Dies erschien notwendig, weil trotz der unerkennbaren Besserung unserer Wirtschaftslage die Verhältnisse noch nicht so günstig sind, daß schon jetzt eine völlige Beseitigung des Vorkaufsbeschlusses verantwortet werden könnte. Auf der anderen Seite ist jedoch, um der Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse und der Lage der Gläubiger Rechnung zu tragen, eine Lockerung der zurzeit geltenden Bestimmungen am Platze. Deshalb verlagert das Gesetz den bei der Pfändung von Vorräten unter gewissen Voraussetzungen gewährten Schutz, soweit es sich um Fertigmaren handelt. Ferner ermächtigt es das Gericht, Anträge auf Aufhebung oder einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung, die aus Verschleppungsabsicht oder aus großer Nachlässigkeit nicht alsbald nach der Pfändung gestellt sind, ohne sachliche Prüfung zurückzuweisen und schiebt die Beschwerden gegen die Entscheidungen des Vollstreckungsgerichts über Gewährung oder Verlagung des Vorkaufsbeschlusses aus. Damit wird der vielfach beklagte Mißstand beseitigt, daß Schuldner durch verspätete Antragsstellung und durch Ausnutzung des Rechtsmittelzuges die Vollstreckung verschleppen konnten, auch wenn sie keine begründeten Einwendungen entgegenzusetzen hatten.

Minister Selbte über Senkung der Abgabe zur Arbeitslosenhilfe

DNB, Berlin, 26. März. Der „Völk. Beobachter“ vom Dienstag bringt einen Artikel des Reichsarbeitsministers Selbte über die Senkung der Abgabe zur Arbeitslosenhilfe, in dem es u. a. heißt:

Die Erfolge der begonnenen Arbeitslosenkämpfe beginnen sich auf immer weitere Gebiete zu übertragen. Ueber zwei Millionen Arbeitslose sind seit Beginn der Regierung Hitler bereits in Arbeit gebracht worden. Ihre Wiedereingliederung in den Kreis der schaffenden Menschen kommt nicht nur ihnen selbst, sie kommt ganz allgemein der Wirtschaft zugute, deren Leistungsfähigkeit sie erhöhen. Von der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft hängt bekanntlich die des Staates ab, und so ist es ebenso natürlich wie erfreulich, daß die vermehrten Erträge der Wirtschaft sich in Gestalt höherer Steuereinnahmen und der Verminderung der Arbeitslosigkeit sich durch einen fühlbaren Rückgang der Unterstützungsausgaben auswirken. Eine der drückendsten Belastungen war bisher die oben Abgabe zur Arbeitslosenhilfe, die 1932 eingeführt worden war. Sie traf grundsätzlich alle Lohn- und Gehaltsbezieher und ließ bisher nur die allerniedrigsten Entgelte frei, die praktisch kaum vorkamen, belastete dagegen die ganz überwiegende Mehrzahl der Arbeitnehmer mit Lohnabzügen, die zwischen 1,5 und 6,5 v. H. schwankten. Die Belastung kam zu den übrigen Lasten des Arbeitnehmers: Lohnsteuer, Krankenkasse, Arbeitslosenversicherung, Invaliden- oder Angestelltenversicherung hinzu und hat wesentlich dazu beigetragen, das schmale Budget des deutschen arbeitenden Volksgenossen zu verknappen. Die Regierung begrüßt es daher mit besonderer Freude, daß es ihr möglich gewesen ist, in dem Gesetz zur Hebung der Kaufkraft die Abgabe zur Arbeitslosenhilfe bereits jetzt wesentlich zu senken. Besondere Erleichterungen genießen Abgabepflichtige, die für Kinder zu sorgen haben. Nach der Neuregelung der Vorschriften über die Abgabe zur Arbeitslosenhilfe wird die deutsche Arbeitnehmerchaft im Jahre 1934 schätzungsweise 295 Mill. RM. weniger zu zahlen haben als im Vorjahr.

Auch Hausgehilfinnen bedingen Kürzung der Arbeitslosenhilfe

Bei der Ermäßigung der Arbeitslosenhilfe wird ebenso wie bei der Einkommensteuer die Hausgehilfin wie ein Kind behandelt. In den Fällen, in denen nach dem neuen Gesetz eine Ermäßigung der Arbeitslosenhilfe entsprechend der Kinderzahl eintritt, werden die Hausgehilfinnen mitgerechnet. Zwei Kinder und eine Hausgehilfin haben also Befreiung von der Arbeitslosenhilfe zur Folge. Ebenso besteht schon Abgabefreiheit, wenn nur eine Hausgehilfin vorhanden ist, sofern das Einkommen 500 RM. im Monat nicht übersteigt.

Kriegerische Vorbereitungen der Kleinen Entente?

Budapest, 26. März. Wie der nationalen Tageszeitung „Magyarhaz“ aus Bukarest mitgeteilt wird, sind dort der tschechische General Krejci und der Chef des südslawischen Generalstabs, General Milowanowitsch, eingetroffen, um mit dem Chef der ungarischen Armee unter Hinzuziehung zahlreicher rumänischer Generale militärische Beratungen zu pflegen. Das Blatt bringt viele Preisprognosen mit Kriegsvorbereitungen der Kleinen Entente in Zusammenhang.

Neue Wege der Verkehrswerbung

Eröffnung der Dauerausstellung der deutschen Reise

Verkehrswerbung nach Begriff und Inhalt ist auch in Deutschland gewiß nichts unbekanntes. Aber sie litt unter dem Uebel, das unser ganzes öffentliches Leben seit Jahrzehnte beeinträchtigte, unter der Zerplitterung. Jedes Land, jede Provinz, jeder Badeort am Meer und im Gebirge betrieb die Fremdenwerbung auf eigene Faust. Das Ergebnis war ein ewiges Durcheinander und Gegeneinander, weil sich die Werbezentrale gegenseitig überboten oder unterboten. Daß Fremdenverkehrswerbung auch eine außenpolitische Frage von größter Wichtigkeit ist, hatte man nicht erkannt.

Es ist das Verdienst der nationalen Regierung, daß sie schon im Sommer des vergangenen Jahres die Aufmerksamkeit der deutschen Öffentlichkeit gerade auf diese Seite der Fremdenverkehrswerbung hinlenkte. Man erinnere sich nur des Rückgangs und Abbruchs, die durch die Greuelpropaganda im Ausland dem Zustrom der Fremden nach Deutschland zugefügt wurden. In jenen Wochen und Monaten erlebten wir aber tagtäglich das gleiche: Jeder Ausländer, der nach Deutschland kam und sich mit eigenen Augen davon überzeugen konnte, daß nichts von dem wahr war, was die Lügenpresse des Auslands berichtete, kam in seine Heimat zurück, zwar nicht immer als begeisterte Ueberzeugter, was man auch nicht voraussehen konnte, bestimmt aber als Bekämpfer der Wahrheit über die Zustände in Deutschland. Aber ob so oder so, auf jeden Fall wurde der Ausländer mittelbar zu einem Werber für Deutschland.

Ist damit die außenpolitische Bedeutung der Fremdenverkehrswerbung zur Genüge charakterisiert, ergibt sich die Aufgabe für die Zukunft ganz von selbst. Wir müssen die negative Abwehr, zu der wir notgedrungen im vergangenen Jahre noch gezwungen waren, nunmehr in positives Werben für Deutschland umkehren. Dazu gibt uns die Neuorganisation des Fremdenverkehrswesens die beste Grundlage. Im Bund deutscher Verkehrsvereine und Bänder sind alle bisherigen Werborganisationen zu einer einzigen Zentrale zusammengefaßt worden, an deren Spitze niemand anders steht, als der Reichsminister für Propaganda, Dr. Goebbels. Durch diese Personalunion ist die Verbindung der wirtschaftlichen Seite mit der außenpolitischen hergestellt. Auf der anderen Seite steht die Fremdenverkehrswerbung von jetzt unter dem Patronat der Reichsregierung. Was der deutsche Fremdenverkehr seit Jahren erstrebt, ist nunmehr zur Zeit geworden, es gibt nicht nur eine Einheitsorganisation, sondern auch eine Behörde für die Fremdenwerbung.

Wenn je, dann darf gerade bei dieser Werbung die Arbeit nicht vom „grünen Tisch“ aus erfolgen. Deshalb hat der Bund in Verbindung mit der Reichsbahnzentrale für Reiseverkehr eine Dauerausstellung der deutschen Reise organisiert, die nunmehr der Öffentlichkeit übergeben worden ist. Daß sie nach Berlin verlegt wurde, bedarf keiner eingehenden Begründung. Schon aus den oben angeführten außenpolitischen Gründen war es notwendig die Verbindung mit der Reichsregierung aufs engste auszugestalten. Hinzu kam die Bedeutung Berlins als des Hauptverkehrs-Knotenpunktes Deutschlands überhaupt. Schließlich hat das Columbus-Hochhaus am Potsdamer Platz schon rein äußerlich nach Lage und Aufbau die gegebene Heimstätte für diese Ausstellung, die selbstverständlich kein Eintrittsgeld erhebt. Da das Ziel der Werbung Deutschland ist, gibt die Ausstellung ein erschöpfendes Bild der deutschen Landschaft. Bereits im Erdgeschoss schmückt ein Fries farbiger Plakate aus deutschen Landschaften die Vorhalle, in der Schiffsmodelle aufgestellt sind. Im ersten Stock ist die ganze Front der Räume nach dem Potsdamer Platz zu von den Schaltern eingenommen, an denen sprachkundige Herren und Damen die notwendigen Auskünfte erteilen. Für Sanatorien und Kinderheime einerseits und für die im Bund der Verkehrsverbände vertretenen Bäder andererseits sind besondere Auskunftsstellen eingerichtet worden.

In den anschließenden Räumen findet die schönsten deutschen Landschaften in großen Lichtbildern zu sehen. Dazwischen sind Modelle der Rheindampfer, ein Diorama von Marburg an der Lahn, ein großartiges Modell des Massivs der Zugspitze und des Hafens am Meer, nämlich des Columbus-Kais im Bremer Hafen, und der Oderauffahrt ausgestellt; das durch die ständig ausleuchtenden Blinklichter der Bojen und Leuchttürme besonders eindrucksvoll ist. Aber nicht nur die Landschaften und Bauwerke werden im Bilde vorgeführt, auch der deutsche Mensch, der in diesen Landschaften wohnt, wird in Trachten und Volksbräuchen gezeigt. Um immer wieder von neuem Besucher gerade dieser Räume anzuziehen, werden die Bilder allmonatlich gewechselt.

Nun ist der erste Schritt getan. Ganz Deutschland im Columbus-Haus bedeutet zunächst nur einen Anfang. Neben der Hauptaufgabe, den Fremden nach Deutschland zu ziehen, verfolgt die Dauerausstellung noch einen weiteren Zweck, den Deutschen begreiflich zu machen, daß das schönste Reiseband der Welt ihr eigenes Vaterland ist. 1934 muß das Jahr der „Entdeckung Deutschlands“ durch die Deutschen werden.

en
e:
ater
THIELE
h
sbar
einer
S
r?
84
eller im
are
er
im
ER
ung
benraum
18 06 20
e. 70, III.
ung
fort
aa.
rien
auch ge
eße 25
billig
Väsche
che
ar
59
schule
cht aus
en gute
unter
Möbel
Verlag.
rank
age mit
e, überf.
antchen,
Ofen
beled-
bonbon-
at billig
geschäft
tr. 43.
ne
ER
an
ch
25

